



NOCH MEHR BILDUNG WAGEN!

**Neun klare Forderungen für starke Schulen
zur Landtagswahl 2027**

Der Schulleitungsverband für Niedersachsen

Neun klare Forderungen für starke Schulen

Die Wahlprüfsteine des Schulleitungsverbandes Niedersachsen sind nach innen Ausdruck unserer bildungspolitischen Programmatik und ein Beitrag zur Selbstvergewisserung. Vor allem aber richten sie sich nach außen: Sie geben den politischen Parteien vor der Landtagswahl Orientierung und bieten den Wähler:innen Maßstäbe für ihre Entscheidung. Der SLVN ist parteipolitisch neutral, aber bildungspolitisch klar positioniert: Wer unseren Verband und seine Mitglieder gewinnen will, muss klare Zusagen zu diesen Wahlprüfsteinen liefern.

Schulen in Niedersachsen befinden sich in einer Blockade: Gesellschaftliche Individualisierung und eskalierende Bürokratie, Herausforderungen der digitalen Welt und Fachkräftemangel bei gleichzeitigem Fehlen von Unterrichts- und Leitungszeit gefährden den Bildungsauftrag. Die verheerenden Ergebnisse des IQB-Bildungstrends verdeutlichen das ebenso wie die Untersuchungen zum stabilen Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungserfolg.

Wer die Blockade lösen will, muss Ressourcen bewegen, wie sie zur Rettung von Banken oder zur Sicherstellung der Verteidigungsbereitschaft selbstverständlich aufgebracht werden, Schulbehörden des Landes und der Kommunen zu agilen und unterstützenden Einheiten weiterentwickeln, die konsequent deregulieren und verantwortungsvoll und unbürokratisch handeln, die Vision eines gelingenden Bildungssystems in die Ausbildung und Weiterqualifizierung von Lehrkräften und Leitungspersonal übersetzen und der pädagogischen Energie von Schulleitungen und Lehrkräften vertrauen: Nur Schulen in Freiheit können zur Freiheit erziehen.

Die Erfüllung unserer Forderungen für starke Schulen aus 2022 steht aus. Darum: Noch mehr Bildung wagen!

1 Demokratische Schule – Schule der Demokratie

Demokratiebildung muss als bildungspolitisches Cluster weiter ausgebaut werden. Damit Schulen ein Modell für das sind, wozu sie erziehen, ist die Teilhabe der Schüler:innen weiterzuentwickeln.

Wir fordern die gesetzliche Verankerung schulischer Gestaltungsspielräume zur Weiterentwicklung der Eigenverantwortlichen Schule. Die Errungenschaften der Zukunftsschulen und der Freiräumeprozesse müssen dauerhaft und rechtskonform abgesichert werden.

2 Chancengleichheit und Inklusion

Für mehr Bildungsgerechtigkeit fordern wir die Weiterentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs sowie die Etablierung eines Sozialindex nach dem Hamburger Modell.

Wir fordern die Einführung der Pflicht zum Besuch einer Kindertagesstätte, die systematische und individuelle Sprachförderung einschließt und Mindeststandards beim Übergang in die Grundschule definiert.

Alle Schulformen tragen zur Umsetzung der Inklusion gleichermaßen bei. Dafür werden sie unabhängig von Schulform und Region bedarfsgerecht versorgt.

3 Ganzttag – Keine halben Sachen machen!

Ganztägige Bildung kann gelingen. Dazu gehören eine klare Abgrenzung von Betreuungsaufgaben und die Verantwortungsgemeinschaft aller Akteure.

Wir fordern das Personal dafür von der ersten Stunde an und nicht nur zu 75 %. Wir erwarten angemessene Ganztagsbudgets und die Anrechnung von Planung und Koordination. Wir treten für verbindliche Abholzeiten ein.

4 Ressourcen und Professionen

Wir fordern eine deutliche Aufstockung der personellen Ressourcen für schulische Bildung. Damit jede Stunde erteilt wird, ist eine statistische Versorgung von mindestens 110 % notwendig.

Bleiben Stellen unbesetzt, wird die entsprechende Personaldifferenz den Schulen als Budget zur eigenen Verantwortung zugewiesen („Projekt Delta“).

Jede Schule erhält zudem einen angemessenen Pool multiprofessioneller Unterstützung, etwa aus Klassenassistenz, Sozialpädagogik, Logopädie, Ergotherapie – flexibel einsetzbar, verlässlich finanziert und mit verbindlichen Qualitätsstandards.

5 Schulleitung und Leitungszeit

Die Unterrichtsverpflichtung muss deutlich reduziert werden auf höchstens sechs Wochenstunden für Schulleiter:innen sowie auf höchstens zwölf Wochenstunden für Stellvertretungen und weitere Mitglieder der Schulleitung. Jede Schule – unabhängig von der Schulform – hat neben der Schulleitung mindestens eine Stellvertretung und eine didaktische Leitung. Für jeden Schulstandort ist mindestens eine Stellvertretung erforderlich. Jede Schule benötigt eine Verwaltungsassistenz.

Die Qualifizierung der Schulleitungen muss vor dem Amtsantritt erfolgen. Wir fordern die Einrichtung einer Führungsakademie für alle Leitungsfunktionen.

6 Verantwortungsgemeinschaft von Bund, Ländern und Kommunen

Wir fordern ein Ende des Streits um Kompetenzen und Zuständigkeiten von Bund, Ländern und Kommunen zugunsten gemeinsamer Verantwortungsübernahme, verbindlicher Vereinbarungen und geklärter Beiträge der Akteure.

Wir fordern festgelegte Mindeststandards bezüglich der Ausstattung – materiell, personell und finanziell, wie zum Beispiel aktualisierte und verpflichtende Schulbaurichtlinien auch für Bestandsbauten.

Alle Maßnahmen und Entscheidungsprozesse müssen vor der Umsetzung transparent geklärt und den Beteiligten kommuniziert sein sowie nach Abschluss hinsichtlich ihrer Wirkung überprüft werden.

Wir fordern die Lockerung des Kooperationsverbots zwischen Bund und Ländern zugunsten verbindlicher Infrastrukturprogramme auf Grundlage besonderer Haushaltsmittel. Dazu bringt das Land Niedersachsen zukünftig mindestens 6,5 % des BIP für Bildung auf.

7 Digitale Bildung und digitale Verwaltung

Alle Schulformen benötigen eine leistungsfähige, unterstützende Schulverwaltungssoftware, die auf allen Ebenen und über alle Schnittstellen Entlastung generiert. Ein funktionierendes, zuverlässiges Gesamtkonzept u. a. für die Nutzung, Betreuung und Schulung in den Bereichen Software, Netzwerk und Endgeräte mit eindeutigen, verbindlichen Zuständigkeiten über alle Nutzungsphasen ist hierfür zwingend erforderlich.

Die landesweite Einführung digitaler Endgeräte für Schüler:innen z. B. ab Jahrgang 7 und Lehrkräfte wird ausdrücklich begrüßt und ist langfristig abzusichern.

Die Medienkompetenzbildung muss auf allen Ebenen mit personellen und finanziellen Ressourcen ausgestattet sein.

8 Schulaufsicht und Beratung – dialogisch und professionell

Wir fordern Prozessbeschreibungen zu Aufgabenfeldern im MK, allen RLSB und dem NLQ, die transparent, verbindlich und einheitlich sind. Entscheidungswege werden vorab kommuniziert.

Alle Schulbehörden entwickeln sich von versäulten, zergliederten Verwaltungen zu agilen und teamorientierten Einheiten weiter.

Schulen benötigen qualitativ hochwertige Beratung und Unterstützung sowie Haltung und Mut durch bestmöglich qualifiziertes Personal mit schulischer Praxiserfahrung.

Wir fordern die Einrichtung einer Rechtsberatung für Schulleitungen ohne aufsichtliche Funktionen, mit juristischer Fachexpertise und pädagogischer Feldkenntnis.

9 Neuausrichtung der Lehrkräfteausbildung

Die Ausbildung von Lehrer:innen muss sich an den gesellschaftlichen Gegebenheiten orientieren und in gemeinsamer Verantwortung von MK und MWK regelmäßig dialogisch weiterentwickelt werden.

Die Ausbildung muss adressatenbezogen sein und eine durchgängige Verzahnung von Wissenschaft und Praxis umfassen.

Studienseminare berücksichtigen innovative pädagogische Konzepte.
Wir fordern die Einführung eines von der Schulform unabhängigen Stufenlehramts.

Und was sagen Sie?

Was ist Ihr persönlicher Wahlprüfstein für die Landtagswahlen?

Einfach hier notieren, ein Foto machen und an gv@slvn.de schicken:

Herausgeber:
Schulleitungsverband Niedersachsen e. V.

SLVN Geschäftsstelle
Berliner Allee 19
30175 Hannover
www.slvn.de

